



Regierungsratsbeschluss vom 15. Juni 2021

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF;
Änderung der Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosen-
versicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19); (Covid-19-
Verordnung Arbeitslosenversicherung); Vernehmlassung

P210180

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung WBF.

Begründung

Der Regierungsrat stimmt den vom Bundesrat vorgesehenen Änderungen der Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung vorbehaltlos zu. Mit der Verlängerung der Bezugsdauer auf 24 Monate, der Weiterführung des summarischen Verfahrens sowie der Verlängerung des Anspruchs für Personen in befristeten Arbeitsverhältnissen, für Lernende und Arbeitnehmende auf Abruf in unbefristeten Verhältnissen kommt er dem aktuell immer noch verbreiteten Unterstützungsbedürfnis entgegen. Indem er den Anspruch dieser Personenkreise auf betriebliche Tätigkeiten konzentriert, die durch behördliche Massnahmen eingeschränkt werden, und mit der Wiedereinführung einer Karenzfrist von einem Tag, berücksichtigt der Bundesrat gleichzeitig in angemessenem Mass die schrittweise Rückkehr zum Normalverfahren.

